

No. 27692

**FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
and
URUGUAY**

Treaty concerning the encouragement and reciprocal protection of investments (with protocol). Signed at Bonn on 4 May 1987

Authentic texts: German and Spanish.

Registered by Germany on 7 December 1990.

**RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
et
URUGUAY**

Traité relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements (avec protocole). Signé à Bonn le 4 mai 1987

Textes authentiques : allemand et espagnol.

Enregistré par l'Allemagne le 7 décembre 1990.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND DER REPUBLIK ÖSTLICH DES URUGUAY ÜBER DIE
FÖRDERUNG UND DEN GEGENSEITIGEN SCHUTZ VON
KAPITALANLAGEN

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Östlich des Uruguay –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen
beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen
von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im
Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher
Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaft-
liche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu
mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder
Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen
sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und
Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von
Beteiligungen;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen
wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf
Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, tech-
nische Verfahren, Handelsmarken, Handelsnamen, Know-
how und Good-will;

- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;
eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder ähnliche Entgelte entfallen;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- b) in bezug auf die Republik Östlich des Uruguay:
Uruguayer im Sinne ihrer Verfassungsnormen;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Vertrags hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel, ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
- b) in bezug auf die Republik Östlich des Uruguay:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im uruguayischen Geltungsbereich dieses Vertrags hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel, ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen.

(2) Von den Bestimmungen dieses Vertrags sind solche Tätigkeiten ausgeschlossen, die aus Gründen der Sicherheit, der Sittlichkeit, der Volksgesundheit oder der öffentlichen Ordnung unzulässig oder Staatsangehörigen vorbehalten sind.

(3) Die Vertragsparteien werden Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei oder Kapitalanlagen, an denen Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei beteiligt sind, in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Die auf diese Weise zugesicherte Behandlung gilt nicht für Vergünstigungen und Vorrechte, die eine Vertragspartei Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund ihrer Eigenschaft als Mitglied oder assoziierter Staat einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einer Freihandelszone oder eines Gemeinsamen Marktes gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die Enteignung oder Verstaatlichung wirksam oder öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüg-

lich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbarer Maßnahmen muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbarer Maßnahmen und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen sind frei transferierbar.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) von Lizenzgebühren und ähnlichen Entgelten für die in Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe d definierten Rechte;
- e) des Liquidationserlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Veräußerung der Kapitalanlage.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung

aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 sinngemäß.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem im Zeitpunkt des Transfers gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus jenen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so gilt diese Regelung als Bestandteil dieses Vertrags, soweit sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen durch Vereinbarung mit Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags werden, soweit möglich, durch Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht innerhalb von sechs Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei mitgeteilt hat, daß eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags besteht, beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem im gegenseitigen Einvernehmen ausgewählten Schiedsrichter zur Entscheidung zu unterbreiten. Kommt innerhalb von drei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei mitgeteilt hat, daß sie die Schiedsgerichtsbarkeit in Anspruch nehmen wolle, keine Einigung über die Ernennung des Schiedsrichters zustande, so wird die Angelegenheit auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet, das wie folgt gebildet wird: Jede Vertragspartei bestellt einen Schiedsrichter, und diese beiden Schiedsrichter ernennen im gegenseitigen Einvernehmen einen Obmann des Schiedsgerichts, der Staatsangehöriger eines dritten Staates sein soll. Die beiden Schiedsrichter müssen innerhalb einer Frist von zwei Monaten und der Obmann innerhalb einer Frist von drei Monaten ernannt sein, gerechnet vom Ablauf der für die Ernennung des Einzelschiedsrichters festgesetzten Frist.

(3) Werden die im vorstehenden Absatz vorgesehenen Ernennungen nicht innerhalb der dort vorgesehenen Fristen vorgenommen, so kann, soweit nichts anderes vereinbart wird, jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofs die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident dieses Gerichtshofs die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus anderen Gründen verhindert, so soll das nach Dienstalter nächstfolgende Mitglied des Internationalen Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Die Entscheidungen des Einzelschiedsrichters und die des Schiedsgerichts sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten des von ihr benannten Schiedsrichters sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren. Die Kosten des Einzelschiedsrichters sowie die sonsti-

gen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Der Einzelschiedsrichter oder das Schiedsgericht können eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regeln sie das Verfahren selbst.

(5) Sind beide Vertragsparteien Mitglieder des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 dieses Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer gerichtlichen Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Investitionen im Sinne dieses Vertrags zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit im Sinne des Absatz 1 nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Streitparteien den zuständigen Gerichten der Vertragspartei, in deren Gebiet die Investition getätigt wurde, zu unterbreiten. Sobald eine Entscheidung der zuständigen Gerichte vorliegt, kann jede der beiden Streitparteien ein internationales Schiedsgericht anrufen, damit dieses Gericht eine Feststellung darüber trifft, ob und inwieweit diese Entscheidung mit den Bestimmungen dieses Vertrags übereinstimmt. Jede Streitpartei kann das internationale Schiedsgericht auch anrufen, wenn binnen achtzehn Monaten seit Einleitung des gerichtlichen Verfahrens eine Entscheidung der zuständigen Gerichte nicht vorliegt; in diesem Fall hat das internationale Schiedsgericht die Zuständigkeit, die Meinungsverschiedenheit insgesamt zu entscheiden. Durch diese Regelung wird Artikel 10 nicht berührt.

(3) Das in Absatz 2 genannte internationale Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet. Dabei sind die Bestimmungen der Absätze 2 bis 4 des Artikels 10 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts gemäß Artikel 10 Absatz 2 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die dort genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

Artikel 12

Dieser Vertrag bleibt auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die aufgrund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art sind spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufzuheben, unabhängig davon, ob diplomatische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Dieser Vertrag gilt – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 8, soweit sie sich auf die Luftfahrt beziehen – auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Östlich des Uruguay innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Montevideo ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt fünfzehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf wird er auf unbegrenzte Zeit verlängert, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von fünfzehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 4. Mai 1987 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

RUHFUS

Für die Republik Östlich des Uruguay:

ZERBINO

PROTOKOLL

Bei der Unterzeichnung des Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Als „andere Arten von Beteiligungen“ gemäß Nummer 1 Buchstabe b wird man vor allem solche Kapitalanlagen ansehen, die ihrem Inhaber keine Stimm- oder Kontrollrechte vermitteln.
- b) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- c) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt. Der vorliegende Vertrag findet keine Anwendung auf Investoren, die Staatsangehörige beider Vertragsparteien sind.
- d) Zur Feststellung, ob der Begriff „Gesellschaft“ gemäß Nummer 4 anwendbar ist, wird auf ihren Sitz abgestellt, wobei hierunter der Ort zu verstehen ist, an dem die Gesellschaft ihre Hauptverwaltung oder in Ermangelung einer solchen den Mittelpunkt ihres wirtschaftlichen Interesses hat.

(2) Zu Artikel 2

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie- und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung.
- b) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit der Vornahme und der Durchführung einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.
- c) Artikel 3 findet keine Anwendung auf die steuerlichen Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.
- d) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Gebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Gebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.

(4) Zu Artikel 4

- a) Unter „Enteignung“ ist jede Entziehung oder jede einer Entziehung gleichkommende Beschränkung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

- b) Ein Anspruch auf Leistung einer Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen gemäß Buchstabe a in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt jedoch in keinem Fall für Meinungsverschiedenheiten oder Streitfälle, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

(7) Zu Artikel 11

- a) Entscheidung der zuständigen Gerichte im Sinne des Absatz 2 bedeutet für die Republik Östlich des Uruguay die gerichtliche Entscheidung in einer einzigen Instanz.
- b) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien Mitglieder des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Investitionen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei gemäß den Regeln des vorgenannten Übereinkommens dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten unterbreitet werden.

(8) Bei Beförderung von Personen und Gütern, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, trifft keine Vertragspartei Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung ihrer Verkehrsunternehmen ausschließen oder erschweren. Soweit Genehmigungen für die Durchführung der vorgenannten Transporte erforderlich sind, werden diese erteilt. Hierunter fallen Beförderungen von:

- a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder in dessen Auftrag angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme und der Durchführung von Kapitalanlagen reisen.

Geschehen zu Bonn am 4. Mai 1987 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

RUHFUS

Für die Republik Östlich des Uruguay:

ZERBINO

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

TRATADO ENTRE LA REPÚBLICA FEDERAL DE ALEMANIA Y LA
REPÚBLICA ORIENTAL DEL URUGUAY SOBRE FOMENTO Y
RECÍPROCA PROTECCIÓN DE INVERSIONES DE CAPITAL

La República Federal de Alemania

y

la República Oriental del Uruguay,

Animadas del deseo de intensificar la colaboración económica entre ambos Estados,

Con el propósito de crear condiciones favorables para las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de un Estado en el territorio del otro Estado, y

Reconociendo que el fomento y la protección mediante tratado de esas inversiones de capital pueden servir para estimular la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos,

Han convenido en lo siguiente:

Artículo 1

Para los fines del presente Tratado,

1. El concepto de "inversiones de capital" comprende toda clase de bienes, en especial:
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, como hipotecas y derechos de prenda;
 - b) participaciones en sociedades y otro tipo de participaciones;
 - c) derechos a fondos empleados para crear un valor económico o a prestaciones que tengan un valor económico;
 - d) derechos de autor, derechos de propiedad industrial, procedimientos tecnológicos, marcas comerciales, nombres comerciales, know how y valor llave;
 - e) concesiones otorgadas por entidades de derecho público, incluidas las concesiones de exploración y explotación.

Una modificación en la forma de inversión de los bienes no afecta a su carácter de capital invertido.

2. El concepto de "rentas" designa: Aquellas cantidades que corresponden a una inversión de capital por un período determinado, en concepto de participación en los beneficios, dividendos, intereses, derechos de licencia o remuneraciones similares.
3. El concepto de "nacionales" designa:
 - a) con referencia a la República Federal de Alemania: los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania,
 - b) con referencia a la República Oriental del Uruguay: los uruguayos en el sentido de sus normas constitucionales.
4. El concepto de "sociedades" designa:
 - a) con referencia a la República Federal de Alemania: todas las personas jurídicas, así como sociedades comerciales y demás sociedades o asociaciones con o sin personería jurídica, que tengan su sede en el área alemana de aplicación del presente Tratado y que existan jurídicamente conforme a las leyes, independientemente de que la responsabilidad de sus socios, copropietarios o miembros sea limitada o ilimitada, o que su actividad tenga o no fines lucrativos;
 - b) con referencia a la República Oriental del Uruguay: todas las personas jurídicas, así como sociedades comerciales y demás sociedades o asociaciones con o sin personería jurídica, que tengan su sede en el área uruguaya de aplicación del presente Tratado y que existan jurídicamente conforme a las leyes, independientemente de que la responsabilidad de sus socios, copropietarios o miembros sea limitada o ilimitada, o que su actividad tenga o no fines lucrativos.

Artículo 2

1. Cada una de las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales vigentes permitirá dentro de su respectivo territorio, las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, promoviéndolas en lo posible.
2. Quedan excluidas de lo dispuesto en este Tratado aquellas actividades que por razones de seguridad, moralidad, sanidad u orden público, se encuentren prohibidas o reservadas a nacionales.

3. Las Partes Contratantes en todo caso, tratarán justa y equitativamente las inversiones de capital.

Artículo 3

1. Cada Parte Contratante no someterá en su territorio a las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante o a inversiones de capital en las cuales participen nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, a un tratamiento menos favorable que a las inversiones de capital de sus propios nacionales y sociedades, o a las inversiones de capital de nacionales y sociedades de terceros Estados.

2. Cada Parte Contratante no someterá en su territorio a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, en cuanto se refiere a sus actividades relacionadas con las inversiones de capital, a un trato menos favorable que a sus propios nacionales y sociedades, o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

3. El tratamiento de esta manera garantizado no se aplicará a los beneficios y privilegios que cualquiera de las Partes Contratantes otorgue a los nacionales o sociedades de un tercer país como consecuencia de su calidad de miembro de o asociado con una unión aduanera o económica, zona de libre comercio o mercado común.

Artículo 4

1. Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán de plena protección y seguridad en el territorio de la otra Parte Contratante.

2. Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes no podrán, en el territorio de la otra Parte Contratante, ser expropiadas, nacionalizadas, o sometidas a otras medidas que en sus repercusiones equivalgan a expropiación o nacionalización, más que por causas de utilidad pública, y deberán en tal caso ser indemnizadas. La indemnización deberá responder al valor de la inversión inmediatamente antes de la fecha de hacerse efectiva o pública la expropiación o nacionalización. La indemnización deberá satisfacerse sin demora y percibirá intereses hasta la fecha de su pago según el tipo usual de interés bancario; deberá ser efectivamente realizable y libremente transferible. A más tardar en el momento de la expropiación, nacionalización o medidas equiparables, deberán haberse tomado debidamente disposiciones para fijar y satisfacer la indemnización. La legitimidad de la expropiación, nacionalización o medidas equiparables, y la cuantía de la indemnización, deberán ser comprobables en procedimiento judicial ordinario.

3. Los nacionales o las sociedades de una de las Partes Contratantes que, por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o motín en el territorio de la otra Parte Contratante, sufran pérdidas en sus inversiones de capital, no serán tratados por ésta menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades en lo referente a restituciones, ajustes, indemnizaciones u otros pagos. Estas cantidades serán libremente transferibles.

4. En lo concerniente a las materias reglamentadas en el presente artículo, los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán en el territorio de la otra Parte Contratante del trato de nación más favorecida.

Artículo 5

Cada Parte Contratante garantizará a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante la libre transferencia de las remesas relacionadas con una inversión de capital, especialmente:

- a) del capital y de las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión de capital;
- b) de las rentas;
- c) de la amortización de préstamos;
- d) de derechos de licencia y de remuneraciones similares correspondientes a los derechos especificados en el apartado d) del párrafo 1 del artículo 1;
- e) del producto de la liquidación en el caso de enajenación total o parcial de la inversión de capital.

Artículo 6

Si una Parte Contratante realiza pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía otorgada para una inversión de capital en el territorio de la otra Parte Contratante, ésta, sin perjuicio de los derechos que en virtud del artículo 10 corresponden a la primera Parte Contratante, reconocerá el traspaso de todos los derechos de estos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante, bien sea por disposición legal, o por acto jurídico. Además, la otra Parte Contratante reconocerá la subrogación de la primera Parte Contratante en todos estos derechos (derechos transferidos), los cuales ésta estará autorizada a ejercer en la misma medida que su precedente titular. Para la transferencia de los pagos que deban realizarse a la correspondiente Parte Contratante en virtud de los derechos transferidos, regirán mutatis mutandis los párrafos 2 y 3 del artículo 4 y el artículo 5.

Artículo 7

1. Las transferencias conforme al párrafo 2 ó 3 del artículo 4, al artículo 5, o al artículo 6, se efectuarán sin demora, a la cotización vigente en el momento en que se realicen las mismas.

2. Dicha cotización deberá estar de acuerdo con el tipo cruzado resultante de los tipos de cambios que el FMI aplicaría si en la fecha del pago, cambiara las monedas de los países interesados en DEG.

Artículo 8

1. Si de las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes, o de obligaciones emanadas del derecho internacional al margen del presente Tratado, actuales o futuras, entre las Partes Contratantes, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Tratado, dicha reglamentación se considerará parte del presente Tratado, en cuanto sea más favorable.

2. Cada Parte Contratante cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído con relación a las inversiones de capital mediante acuerdo con nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

Artículo 9

El presente Tratado se aplicará también, a las inversiones de capital efectuadas antes de la entrada en vigor de dicho Convenio por los nacionales o sociedades de una Parte Contratante conforme a las disposiciones legales de la otra Parte Contratante en el territorio de esta última.

Artículo 10

1. Las divergencias de opinión que surgieren entre las Partes Contratantes respecto de la interpretación o aplicación del presente Tratado deberán ser resueltas, en lo posible, mediante negociaciones entre los Gobiernos de las Partes Contratantes.

2. Si una divergencia no pudiera ser dirimida de esa manera dentro de seis meses, contados desde la fecha en que una Parte Contratante haya comunicado a la otra Parte Contratante que existe una divergencia de opinión sobre la interpretación o aplicación del Tratado, será sometida, a petición de cualquiera de las Partes Contratantes, a la decisión de un Arbitro designado de común acuerdo. En caso de no producirse acuerdo acerca de la designación del Arbitro dentro del plazo de tres meses contado

desde la fecha en que una de las Partes Contratantes haya comunicado a la otra Parte su decisión de recurrir a la jurisdicción arbitral, el asunto será sometido, a petición de cualquiera de las Partes, a un Tribunal Arbitral, designado en la forma siguiente: cada una de las Partes Contratantes nombrará un Arbitro y estos dos Arbitros designarán de común acuerdo, al Presidente del Tribunal Arbitral, que será nacional de un tercer Estado. Los dos Arbitros deberán ser designados dentro del plazo de dos meses y el Presidente del Tribunal Arbitral dentro del plazo de tres meses, a contar de la expiración del plazo fijado para la designación del Arbitro único.

3. Si dentro de los plazos señalados en el párrafo anterior no se hicieron las designaciones previstas en él, y no se conviniere otra cosa, cada una de las Partes Contratantes tendrá derecho a pedir al Presidente de la Corte Internacional de Justicia que proceda a hacer los nombramientos necesarios. Si el Presidente de la Corte Internacional de Justicia fuere nacional de una de las Partes Contratantes, o estuviese impedido por cualquier causa, las designaciones serán hechas por el Vicepresidente de la misma Corte. Si el Vicepresidente fuere nacional de una de las Partes Contratantes, o estuviese impedido por otra causa, las designaciones serán hechas por el miembro de la Corte Internacional de Justicia de mayor antigüedad, que no sea nacional de ninguna de las Partes Contratantes.

4. El Tribunal Arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Las decisiones del Arbitro unipersonal y las del Tribunal Arbitral son obligatorias. Cada una de las Partes Contratantes pagará los gastos del Arbitro que hubiere designado, como así mismo los que ocasionare su defensa en el procedimiento. Los del Arbitro unipersonal y las demás costas serán de cargo de ambas Partes Contratantes por mitades. El Arbitro unipersonal o el Tribunal Arbitral podrán adoptar una decisión distinta en cuanto al pago de costas. En lo demás regularán por sí mismos el procedimiento.

5. Si ambas Partes Contratantes se hubieran adherido a la Convención para la regulación de diferencias sobre inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados de 18 de marzo de 1965, no se podrá, en atención a la disposición del párrafo 1 del artículo 27 de dicha Convención, acudir al Tribunal Arbitral arriba previsto en tanto que entre el nacional o la sociedad de una Parte Contratante y la otra Parte Contratante se haya llegado a un acuerdo conforme al artículo 25 de la Convención. No quedará afectada la posibilidad de acudir al Tribunal Arbitral arriba previsto en el caso de que no se respete una decisión judicial del Tribunal

Arbitral de la mencionada Convención (artículo 27), o en el caso de traspaso por disposición legal o por acto jurídico, conforme al artículo 6 del presente Tratado.

Artículo 11

1. Las divergencias que surgieren entre una de las Partes Contratantes y un nacional o una sociedad de la otra Parte Contratante en relación con las inversiones en el sentido del presente Tratado, deberán, en lo posible, ser amigablemente dirimidas entre las partes interesadas.

2. Si una divergencia en el sentido del párrafo 1 no pudiera ser dirimida dentro del plazo de seis meses, contado desde la fecha en que una de las partes interesadas la haya promovido, será sometida a petición de una de las partes a los tribunales competentes de la Parte Contratante en cuyo territorio se haya hecho la inversión. Tan pronto haya una decisión judicial de los tribunales competentes, cualquiera de las partes podrá recurrir a una Corte Internacional de Arbitraje a los efectos de que declare si la decisión judicial se ajusta y hasta que punto a los términos de este Tratado. Si transcurrido un plazo de 18 (dieciocho) meses de promovida la acción judicial no hubiese pronunciamiento, cualquiera de las partes podrá recurrir a la Corte Internacional de Arbitraje, la que en este caso tendrá competencia para resolver la divergencia en su totalidad. Por esta disposición, no quedará afectado el artículo 10.

3. El tribunal arbitral mencionado en el párrafo 2 se constituye en cada caso. Regirán *mutatis mutandis* las disposiciones de los párrafos 2 a 4 del Artículo 10, con la reserva de que las partes en litigio designarán a los miembros del Tribunal Arbitral de acuerdo con lo previsto en el párrafo 2 del Artículo 10 y de que si no se cumplieren los plazos señalados en dicho párrafo, cualquiera de las partes en litigio podrá, a falta de otras disposiciones, solicitar al Presidente de la Corte de Arbitraje de la Cámara Internacional de Comercio de París que proceda a las designaciones necesarias.

Artículo 12

El presente Tratado seguirá en vigor aún en caso de conflicto entre las Partes Contratantes, sin perjuicio del derecho de tomar medidas provisionales autorizadas por las normas generales del Derecho Internacional. Las medidas de esa índole serán derogadas a más tardar en el momento en que termine el conflicto, independientemente de que existan o no relaciones diplomáticas.

Artículo 13

Con excepción de las disposiciones del número 8) del Protocolo, en la medida en que éstas se refieran a la navegación aérea, el presente Tratado se aplicará también al Land Berlín, en tanto que el Gobierno de la República Federal de Alemania no haga una declaración en contrario al Gobierno de la República Oriental del Uruguay dentro de los 3 meses siguientes a la entrada en vigor del presente Tratado.

Artículo 14

1. El presente Tratado será ratificado; los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible en la República Oriental del Uruguay.

2. El presente Tratado entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de 15 años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que fuera denunciado por escrito por una de las Partes Contratantes doce meses antes de su expiración. Transcurridos quince años, podrá denunciarse el Tratado en cualquier momento, pero seguirá en vigor todavía por un año a partir de la fecha en que se haya hecho la denuncia.

3. Para inversiones de capital realizadas hasta el momento de expiración del presente Tratado, las disposiciones de los artículos 1 al 13 seguirán rigiendo durante los 20 años subsiguientes a la fecha en que haya expirado la vigencia del presente Tratado.

Hecho en la ciudad de Bonn, el día 4 del mes de mayo del año mil novecientos ochenta y siete, en dos ejemplares en idiomas español y alemán, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Por la República Federal de Alemania:

RUHFUS

Por la República del Uruguay:

ZERBINO

PROTOCOLO

En el acto de la firma del Tratado sobre Fomento y Recíproca Protección de Inversiones de Capital entre la República Federal de Alemania y la República Oriental del Uruguay los infrascriptos plenipotenciarios han adoptado además los siguientes acuerdos, que se considerarán como parte integrante del Tratado:

1) Ad Artículo 1

- a) Por otro tipo de participaciones, según el apartado 1 literal b, se entenderá especialmente aquellos aportes de capital que no otorguen derecho de voto o control a su titular.
- b) Las rentas de una inversión de capital, y en el caso de su reinversión, también las rentas de ésta, gozarán de igual protección que la inversión misma.
- c) Sin perjuicio de otros procedimientos para determinar la nacionalidad, se considerará en especial como nacional de una Parte Contratante a toda persona que posea un pasaporte nacional extendido por la autoridad competente de la respectiva Parte Contratante. El presente Tratado no se aplicará a los inversores que sean nacionales de ambas Partes Contratantes.
- d) En la determinación del concepto de sociedades, de acuerdo a lo dispuesto en el numeral 4, se atenderá a su sede, que se entenderá como lugar en el que la sociedad tenga su administración principal, o a falta de ella, el centro de interés económico.

2) Ad Artículo 2

Gozarán de la plena protección de este Tratado las inversiones de capital que, de acuerdo con las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes, hayan sido realizadas en el ámbito de la ley de esta Parte por nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante.

3) Ad Artículo 3

- a) Como "actividades" en el sentido del párrafo 2 del artículo 3 se considerarán especial pero no exclusivamente, la administración, el empleo, uso y aprovechamiento de una inversión de capital. Se considerará especialmente como trato "menos favorable" en el sentido del párrafo 2 la limitación en adquisi-

ción de materias primas y auxiliares, energía y combustibles, así como medios de producción y de explotación de todas clases, la obstaculización de la venta de productos en el interior del país y en el extranjero, y toda medida de efectos análogos.

- b) Cada Parte Contratante, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitará con benevolencia las solicitudes de inmigración y residencia de personas de la otra Parte Contratante que, en relación con la puesta en marcha y la realización de una inversión de capital, quieran entrar en el territorio de la primera Parte Contratante; la misma norma regirá para los asalariados de una Parte Contratante que, en relación con una inversión de capital, quiera entrar y residir en el territorio de la otra Parte Contratante para ejercer su actividad como asalariado. Igualmente se tramitarán con benevolencia las solicitudes de permiso de trabajo.
- c) El artículo 3 no es aplicable a las ventajas que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados como consecuencia de un acuerdo para evitar la doble tributación o de otros acuerdos sobre asuntos tributarios.
- d) Las disposiciones del presente artículo no obligan a una Parte Contratante a extender las ventajas, exenciones y reducciones fiscales, que según las leyes tributarias sólo se conceden a las personas naturales y sociedades residentes en su territorio, a las personas naturales y sociedades residentes en el territorio de la otra Parte Contratante.

4) Ad Artículo 4

- a) Bajo el concepto de "expropiación" se comprende la privación o limitación equivalente de todo derecho a un bien que por sí solo o con otros derechos constituye una inversión de capital.
- b) El derecho a indemnización se da aún en el caso en que se intervenga a través de medidas estatales, referidas en el literal a), en la empresa que es objeto de la intervención y como consecuencia de ello se produzca un considerable perjuicio para la sustancia económica de la misma.

5) Ad Artículo 7

Se considera como realizada "sin demora" una transferencia en el sentido del párrafo 1 del artículo 7, cuando se ha efectuado

dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá exceder de dos meses, comenzará a correr en el momento de entrega de la correspondiente solicitud.

6) Ad Artículo 9

El presente Tratado en ningún caso se aplicará a las divergencias o litigios surgidos antes de su vigencia.

7) Ad Artículo 11

- a) Decisiones de los tribunales competentes en el sentido del apartado 2 significa, para la República Oriental del Uruguay, la decisión judicial en una única instancia.
- b) Si ambas Partes Contratantes se hubieren adherido a la Convención para la regulación de diferencias sobre inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados de 18 de marzo de 1965, las divergencias de opinión relacionadas con inversiones entre una de las Partes Contratantes y un nacional o una sociedad de la otra Parte Contratante serán sometidas al Centro Internacional para el arreglo de litigios sobre inversiones, de acuerdo con los reglamentos del Convenio antes citado.

8) 1) Respecto a los transportes de personas y mercancías en relación con una inversión de capital, ninguna Parte Contratante adoptará medidas que excluyan o dificulten la participación en igualdad de derechos de las empresas de transporte. Cuando sean necesarias autorizaciones para la realización de los transportes referidos, las mismas serán otorgadas.

2) Quedan comprendidas en la cláusula precedente los transportes de:

- a) mercancías destinadas directamente a la inversión de capital en el sentido del presente Tratado, o adquiridas en el territorio de una Parte Contratante o de un tercer Estado por una empresa, o por encargo de una empresa, en la que hay capital invertido en el sentido del presente Tratado;
- b) personas que viajan en relación con la puesta en marcha o la realización de inversiones de capital.

Hecho en la ciudad de Bonn, el día 4 del mes de mayo del año mil novecientos ochenta y siete, en dos ejemplares en idioma español y alemán, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Por la República Federal de Alemania:

RUHFUS

Por la República del Uruguay:

ZERBINO

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY¹ BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
AND THE EASTERN REPUBLIC OF URUGUAY CONCERNING
THE ENCOURAGEMENT AND RECIPROCAL PROTECTION OF
INVESTMENTS

The Federal Republic of Germany and the Eastern Republic of Uruguay,
Desiring to intensify economic cooperation between both States,

Intending to create favourable conditions for investments by nationals and
companies of either State in the territory of the other State, and

Recognizing that encouragement and contractual protection of such invest-
ments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity
of both nations,

Have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this treaty,

1. The term “investments” shall comprise every kind of asset, in particular:

(a) Movable and immovable property as well as any other rights *in rem*, such
as mortgages, liens and pledges;

(b) Shares of companies and other kinds of interest;

(c) Claims to money which has been used to create an economic value or claims
to any performance having an economic value;

(d) Copyrights, industrial property rights, technical processes, trade marks,
trade names, know-how and goodwill;

(e) Business concessions under public law, including concessions to search for,
extract and exploit natural resources.

Any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their
classification as an investment.

2. The term “returns” shall mean the amounts yielded by an investment for a
definite period as profits, dividends, interest, license fees or similar remuneration.

3. The term “nationals” shall mean:

(a) In respect of the Federal Republic of Germany: Germans within the
meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany;

(b) In respect of the Eastern Republic of Uruguay: Uruguayans within the
meaning of the provisions of its Constitution.

4. The term “companies” shall mean:

(a) In respect of the Federal Republic of Germany:

¹ Came into force on 29 June 1990, i.e., one month after the date of the exchange of the instruments of ratification,
which took place at Montevideo on 29 May 1990, in accordance with article 14 (2).

Any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the German area of application of this Treaty and lawfully existing consistent with legal provisions, irrespective of whether the liability of its partners, associates or members is limited or unlimited and whether or not its activities are directed at profit.

(b) In respect of the Eastern Republic of Uruguay:

Any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the Uruguayan area of application of this Treaty and lawfully existing consistent with legal provisions, irrespective of whether the liability of its partners, associates or members is limited or unlimited and whether or not its activities are directed at profit.

Article 2

1. Each Contracting Party shall in accordance with its legislation, admit in its territory investments of capital by nationals or companies of the other Contracting Party and promote such investments as far as possible.

2. Activities which are prohibited or restricted to nationals for reasons of security, morality, health or public order shall not be governed by the provisions of this Treaty.

3. The Contracting Parties shall in any case accord investments fair and equitable treatment.

Article 3

1. Neither Contracting Party shall subject investments in its territory by or with the participation of nationals or companies of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own nationals or companies or to investments of nationals or companies of any third State.

2. Neither Contracting Party shall subject nationals or companies of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own nationals or companies or to nationals or companies of any third State.

3. The treatment accorded under this article shall not apply to benefits and privileges accorded by either Contracting Party to nationals or companies of third States on account of its membership in, or association with, a customs or economic union, free trade area or common market.

Article 4

1. Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection as well as security in the territory of the other Contracting Party.

2. Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subject to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party, except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the investment expropriated immediately before the date of expropriation or nationalization became effective or was publicly announced. The compensation shall be paid without delay and shall carry

the usual bank interest until the time of payment; it shall be actually realizable and freely transferable. Provisions shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization, or comparable measure, for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

3. Nationals or companies of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded by such other Contracting Party treatment no less favourable than that Party accords to its own nationals or companies, as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

4. Nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this article.

Article 5

Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular:

- (a) Of the capital and additional amounts to maintain or increase the investments;
- (b) Of the returns;
- (c) In repayment of loans;
- (d) Of licence fees and similar payments for the rights defined in article 1, paragraph 1 (d);
- (e) Of the proceeds from the sale of the whole or any part of the investment.

Article 6

If either Contracting Party makes payment to any of its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim from such national or company to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments to be made to the Contracting Party concerned by virtue of such assignment, article 4, paragraphs 2 and 3, shall apply *mutatis mutandis*.

Article 7

1. Transfers under article 4, paragraphs 2 or 3, article 5 or article 6, shall be made without delay at the rate of exchange effective at the time they are made.
2. This rate of exchange shall correspond to the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies into Special Drawing Rights.

Article 8

1. If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereinafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall, to the extent that it is more favourable, be considered a part of this Treaty.

2. Each Contracting Party shall observe any other obligation it may have entered into with regard to investments in its territory by agreement with nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 9

This Treaty shall also apply to investments made prior to its entry into force by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party consistent with the latter's legislation.

Article 10

1. Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty should as far as possible be settled by negotiations between the Governments of the Contracting Parties.

2. If a dispute cannot be settled in this manner within six months of the date on which one Contracting Party notified the other Contracting Party of the existence of a dispute concerning the interpretation or application of the Treaty, it shall, upon the request of either Contracting Party, be referred to an arbitrator appointed by common agreement. If no agreement can be reached on the appointment of an arbitrator within three months of the date on which one Contracting Party notified the other of its decision to refer the matter for arbitration, the question shall upon request of either Contracting Party be submitted to an arbitral tribunal to be constituted as follows: each Contracting Party shall appoint one arbitrator and these two arbitrators shall agree on the appointment of a national of a third State as chairman of the arbitral tribunal. The two arbitrators shall be appointed within two months, and the chairman of the arbitral tribunal within three months of the expiry of the time-limit set for the appointment of the sole arbitrator.

3. If the appointments provided for in the preceding paragraph have not been made within the time-limit set out therein, and in the absence of any other agreement, either Contracting Party may invite the President of the International Court of Justice to make necessary appointments. If the President of the International Court of Justice is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President shall make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is otherwise prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party shall make the necessary appointments.

4. The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. The decisions of the sole arbitrator and of the arbitral tribunal shall be binding. Each Contracting Party shall bear the costs of the arbitrator it has appointed and the costs of its defence in the proceedings. The cost of the sole arbitrator and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The sole arbitrator or

the arbitral tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, they shall determine their own procedures.

5. If both Contracting Parties are parties to the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States of 18 March 1965,¹ the arbitral tribunal provided for above may, in consideration of the provisions of article 27, paragraph 1, of the said Convention, not be appealed to insofar as agreement has been reached between the national or company of one Contracting Party and the other Contracting Party under article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of appealing to such arbitral tribunal in the event that a decision of the Arbitral Tribunal established under the said Convention (article 27) is not complied with or in the case of an assignment under a law or pursuant to a legal transaction as provided for in article 6 of this Treaty.

Article 11

1. Disputes concerning investments within the meaning of this Treaty between one of the Contracting Parties and a national or company of the other Contracting Party shall as far as possible be settled amicably between the parties concerned.

2. If a dispute within the meaning of paragraph 1 cannot be settled within six months from the date on which one of the parties concerned gave notice of the dispute, it shall upon the request of either party be submitted to the competent courts of the Contracting Party in whose territory the investment was made. Once the competent courts have reached a decision, either of the parties may refer the matter to an international court of arbitration to determine whether and to what extent the decision is in accordance with the terms of this Treaty. If no decision has been reached within 18 months of the initiation of the legal proceedings, either party may refer the matter to the International Court of Arbitration, which shall then be competent to settle the dispute in its entirety. Article 10 shall remain unaffected by this provision.

3. The arbitral tribunal referred to in paragraph 2 shall be constituted in all cases. The provisions of article 10, paragraphs 2 to 4, shall apply *mutatis mutandis*, except that the parties to the dispute shall appoint the members of the arbitral tribunal in accordance with the provisions of article 10, paragraph 2, and, if the time-limits established in that paragraph are not observed, either of the parties to the dispute may, in the absence of other provisions, request the chairman of the International Court of Arbitration of the International Chamber of Commerce in Paris to make the necessary appointments.

Article 12

This Treaty shall remain in force also in the event of a conflict arising between the Contracting Parties, without prejudice to the right to take such temporary measures as are permitted under the general rules of international law. Such measures shall be repealed not later than on the date of the actual termination of the conflict, irrespective of whether or not diplomatic relations exist.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 575, p. 159.

Article 13

With the exception of the provisions in paragraph 8 of the Protocol, insofar as they refer to air transport, this Treaty shall also apply to *Land Berlin*, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the Eastern Republic of Uruguay within three months of the date of entry into force of this Treaty.

Article 14

1. This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in the Eastern Republic of Uruguay.

2. This Treaty shall enter into force one month from the date of the exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of 15 years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting Party twelve months before its expiration. After 15 years, the Treaty may be denounced at any time, but shall remain in force for one year from the date of denunciation.

3. In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, the provisions of articles 1 to 13 shall continue to be effective for a further period of 20 years from the date of termination of this Treaty.

DONE at Bonn on 4 May 1987 in duplicate in the Spanish and German languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

RUHFUS

For the Eastern Republic of Uruguay:

ZERBINO

PROTOCOL

On signing the Treaty concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments concluded between the Federal Republic of Germany and the Eastern Republic of Uruguay, the undersigned plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Treaty:

(1) *Ad article 1*

(a) The other kinds of interest mentioned in paragraph 1 (b) shall refer in particular to those investments which do not confer voting or controlling rights on their holder.

(b) Returns from an investment, and in the event of their re-investment, the returns therefrom, shall enjoy the same protection as the investment.

(c) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular, any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting Party concerned shall be deemed to be a national of that Party. This Treaty shall not apply to investors who are nationals of both Contracting Parties.

(d) In defining the term “companies”, in accordance with the provisions of paragraph 4, account shall be taken of the seat of such companies, which shall mean the place where the company has its main place of management, or, failing that, its centre of economic interest.

(2) *Ad article 2*

Investments made, in accordance with the laws and regulations of either Contracting Party, within the area of application of the law of that Party by nationals or companies of the other Contracting Party shall enjoy the full protection of this Treaty.

(3) *Ad article 3*

(a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed “activity” within the meaning of article 3, paragraph 2: the management, maintenance, use and enjoyment of an investment. The following shall, in particular, be deemed “treatment less favourable” within the meaning of paragraph 2: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects.

(b) The Contracting Parties shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with the making and carrying through of an investment; the same shall apply to nationals of either Contracting Party who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

(c) Article 3 shall not apply to the privileges which either Contracting Party may accord to nationals or companies of third States as a consequence of an agreement for the avoidance of double taxation or of other taxation agreements.

(d) The provisions of this article do not obligate a Contracting Party to extend tax privileges, exemptions and relief accorded only to natural persons and compa-

nies resident in its territory in accordance with its tax laws also to natural persons and companies resident in the territory of the other Contracting Party.

(4) *Ad article 4*

(a) "Expropriation" shall mean any taking away or restricting tantamount to the taking away of any property right which in itself or in conjunction with other rights constitutes an investment.

(b) A claim to compensation shall also exist when, as a result of State intervention of the kind referred to in paragraph (a) in the company in which the investment is made, its economic substance is severely impaired.

(5) *Ad article 7*

A transfer shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of article 7, paragraph 1, if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request was submitted and may on no account exceed two months.

(6) *Ad article 9*

This Treaty shall in no case apply to disputes or litigation which arose before it entered into force.

(7) *Ad article 11*

(a) Decisions of the competent courts within the meaning of paragraph 2 shall mean, in respect of the Eastern Republic of Uruguay, the decision of a single court.

(b) If both Contracting Parties are parties to the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States of 18 March 1965, one Contracting Party and a national or company of the other Contracting Party shall be referred to the International Centre for the Settlement of Investment of Disputes in accordance with the provisions of the mentioned Convention.

(8) Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, neither Contracting Party shall take measures which exclude or hinder the partnership of transport enterprises on an equal footing. Permits to carry out such transport shall be issued as required. This shall include the transport of:

(a) Goods directly intended for an investment within the meaning of this Treaty or acquired in the territory of either Contracting Party or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of this Treaty are invested;

(b) Persons travelling in connection with the making of carrying through of investments.

DONE at Bonn on 4 May 1987, in duplicate in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

RUHFUS

For the Eastern Republic of Uruguay:

ZERBINO

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
ET LA RÉPUBLIQUE ORIENTALE DE L'URUGUAY RELATIF
À L'ENCOURAGEMENT ET À LA PROTECTION RÉCIPROQUE
DES INVESTISSEMENTS

La République fédérale d'Allemagne et la République orientale de l'Uruguay,
Animées du désir d'intensifier la collaboration économique entre les deux
Etats,

Entendant créer des conditions favorables aux investissements des nationaux
et des sociétés de chacun des Etats sur le territoire de l'autre, et

Reconnaissant que l'encouragement et la protection contractuelle de ces inves-
tissements sont de nature à stimuler l'initiative économique privée et à accroître la
prospérité des deux peuples,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

Aux fins du présent Traité,

- 1) Le terme « investissements » comprend toute classe de biens, notamment :
 - a) La propriété des biens meubles et immeubles, ainsi que tous autres droits réels, tels qu'hypothèques, nantissements et gages;
 - b) Les actions dans des sociétés et autres formes de participation au capital;
 - c) Les créances portant sur des sommes d'argent ayant servi à créer une valeur économique ou portant sur toute prestation ayant une valeur économique;
 - d) Les droits d'auteur, droits de propriété industrielle, procédés techniques, marques de fabrique ou de commerce, savoir-faire et clientèle;
 - e) Les concessions de droit public, y compris les concessions relatives à la prospection, l'extraction et l'exploitation de ressources naturelles.

Une modification du mode de placement des avoirs ne porte pas atteinte à leur qualité d'investissement.

- 2) Le terme « revenus » désigne les sommes rapportées par un investissement pendant une période donnée, au titre de bénéfices, de dividendes, d'intérêts, de redevances ou autres rémunérations du capital.

- 3) Le terme « nationaux » désigne :

- a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, les Allemands au sens de la loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;
- b) En ce qui concerne la République orientale d'Uruguay, les Uruguayens, au sens des règles constitutionnelles du pays.

¹ Entré en vigueur le 29 juin 1990, soit un mois après la date de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Montevideo le 29 mai 1990, conformément au paragraphe 2 de l'article 14.

4) Le terme « sociétés » désigne :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, toute personne morale ainsi que toute société ou association commerciale ou autre, dotée ou non de la personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire allemand auquel s'applique le présent Traité et légalement constituée conformément à ses lois, que la responsabilité de ses détenteurs de parts, associés ou membres soit limitée ou non et qu'elle ait ou non un but lucratif;

b) En ce qui concerne la République orientale de l'Uruguay, toute personne morale ainsi que toute société ou association commerciale ou autre, dotée ou non de la personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire uruguayen auquel s'applique le présent Traité et légalement constituée conformément à ses lois, que la responsabilité de ses détenteurs de parts, associés ou membres soit limitée ou non et qu'elle ait ou non un but lucratif.

Article 2

1) Chaque Partie contractante autorise les investissements sur son territoire de nationaux ou de sociétés de l'autre Partie contractante conformément aux dispositions légales en vigueur, et les encourage autant que possible.

2) Sont exclues de l'application des dispositions du présent Traité les activités qui, pour des raisons de sécurité, de moralité, de santé ou d'ordre public, sont interdites ou réservées aux nationaux.

3) Les Parties contractantes accordent en tout état de cause un traitement juste et équitable auxdits investissements.

Article 3

1) Chaque Partie contractante accorde sur son territoire aux investissements appartenant à des nationaux ou à des sociétés de l'autre Partie contractante, ou auxquels participent les uns ou les autres, un traitement au moins aussi favorable que celui qu'elle réserve aux investissements de ses propres nationaux ou sociétés, ou à ceux de nationaux ou de sociétés d'Etats tiers.

2) Chaque Partie contractante accorde sur son territoire aux nationaux ou aux sociétés de l'autre Partie contractante, en ce qui concerne les activités en rapport avec les investissements, un traitement au moins aussi favorable que celui qu'elle réserve à ses propres nationaux ou sociétés, ou à ceux de nationaux ou de sociétés d'Etats tiers.

3) Le traitement prévu dans le présent article ne vise pas les avantages ou privilèges qu'une Partie contractante accorde aux nationaux ou aux sociétés d'un pays tiers en leur qualité de membre ou de membre associé d'une union douanière ou économique, d'une zone de libre échange ou d'un marché commun.

Article 4

1) Les investissements effectués par des nationaux ou des sociétés d'une Partie contractante bénéficient sur le territoire de l'autre d'une protection et d'une sécurité intégrales.

2) Les investissements effectués par des nationaux ou des sociétés d'une Partie contractante ne font pas l'objet, sur le territoire de l'autre, de mesures d'expropriation, de nationalisation, ou d'autres mesures dont les conséquences équivaldraient à une expropriation ou à une nationalisation, sauf pour cause d'utilité publique moyennant le versement d'une indemnité. L'indemnité doit être de valeur

équivalente à celle qu'avait l'investissement immédiatement avant la date à laquelle l'expropriation ou la nationalisation ont été annoncées publiquement. L'indemnité est versée sans délai et augmentée des intérêts bancaires usuels accumulés jusqu'à la date du paiement; elle est effectivement réalisable et transférable. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation, ou autre mesure équivalente, et le montant de l'indemnité peuvent faire l'objet d'un appel dans les formes prévues par la loi.

3) Les nationaux ou sociétés d'une des Parties contractantes dont les investissements subissent un préjudice sur le territoire de l'autre Partie contractante sous l'effet d'une guerre ou d'un conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence nationale ou d'une émeute, bénéficient de la part de cette autre Partie contractante d'un traitement au moins aussi favorable que celui qu'elle accorde à ses propres ressortissants nationaux ou sociétés, en matière de restitution, d'indemnisation ou autre mode de règlement. Les versements à ce titre sont librement transférables.

4) Les nationaux ou sociétés de chacune des Parties contractantes bénéficient sur le territoire de l'autre du traitement de la nation la plus favorisée pour tout ce qui touche aux questions visées dans le présent article.

Article 5

Chaque Partie contractante garantit aux nationaux ou aux sociétés de l'autre et font transférer librement les paiements effectués au titre d'investissements, et notamment :

- a) Le capital et les fonds additionnels nécessaires au maintien ou à l'augmentation de l'investissement;
- b) Les revenus;
- c) Le remboursement des prêts;
- d) Les redevances et rémunérations analogues correspondant aux droits visés à l'alinéa d du paragraphe 1 de l'article premier;
- e) Le produit de la vente totale ou partielle de l'investissement.

Article 6

Si une Partie contractante verse un montant quelconque à l'un de ses propres nationaux ou sociétés en vertu d'une garantie donnée à un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette dernière reconnaît, sans préjudice du droit que confère à la première l'article 10, la cession de tout droit ou créance de ce national ou de cette société à la première Partie, soit en application d'une loi ou en vertu d'une transaction légale. La deuxième Partie contractante reconnaît en outre que la première est subrogée dans lesdits droits ou créances et qu'elle est habilitée à les exercer dans la même mesure que son prédécesseur en titre. Les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 4 et de l'article 5 sont applicables, *mutatis mutandis*, au transfert des paiements à effectuer à la Partie contractante bénéficiaire de la cession.

Article 7

1) Les transferts visés au paragraphe 2 ou 3 de l'article 4, à l'article 5 ou à l'article 6, sont effectués sans délai au taux de change en vigueur au moment où ils sont réalisés.

2) Le taux en question est conforme au taux croisé obtenu à partir des taux de change que le FMI appliquerait à la date du paiement à la conversion des monnaies des pays intéressés en DTS.

Article 8

1) Si la législation des deux Parties contractantes ou des obligations conventionnelles contractées par les Parties contractantes en sus du présent Traité, ou assumées par elles ultérieurement, contiennent une disposition générale ou particulière accordant aux nationaux ou aux sociétés de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, cette disposition, dans la mesure où elle est plus favorable, est réputée faire partie du présent Traité.

2) Chaque Partie contractante observe toute autre obligation qu'elle a pu contracter en ce qui concerne les investissements effectués sur son territoire en vertu d'accords avec des nationaux ou des sociétés de l'autre Partie contractante.

Article 9

Le présent Traité s'applique également aux investissements effectués avant son entrée en vigueur par des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre conformément à la législation de cette dernière.

Article 10

1) Les différends entre les Parties contractantes au sujet de l'interprétation ou de l'application du présent Traité sont, autant que possible, réglés par voie de négociation entre les gouvernements des Parties contractantes.

2) Si un différend ne peut être réglé de cette manière dans un délai de six mois courant à compter de la date à laquelle l'une des Parties a fait savoir à l'autre qu'il existait une divergence d'opinion au sujet de l'interprétation de l'application du Traité, celui-ci est, à la diligence de l'une ou l'autre des Parties contractantes, soumis à un arbitre désigné d'un commun accord. Si les Parties ne se mettent pas d'accord sur la désignation de l'arbitre dans un délai de trois mois courant à compter de la date où l'une des Parties a communiqué à l'autre sa décision de recourir à l'arbitrage, l'affaire est, à la diligence de l'une des Parties, soumise à un tribunal arbitral désigné comme suit : chacune des Parties contractantes nomme un arbitre et ces deux arbitres désignent d'un commun accord le président du tribunal arbitral qui doit être un national d'un Etat tiers. Les deux arbitres sont désignés dans un délai de deux mois, le président du tribunal arbitral dans un délai de trois mois, courant à compter de l'expiration du délai fixé pour la désignation de l'arbitre unique.

3) Si les désignations visées au paragraphe précédent n'ont pas été faites dans les délais prévus, chacune des Parties contractantes peut, en l'absence de tout autre arrangement, demander au Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations voulues. Si le Président est un national de l'une ou l'autre des Parties contractantes ou s'il est empêché pour toute autre raison de s'acquitter de ses fonctions, il appartient au Vice-président de procéder aux nominations voulues. Si le Vice-président est un national de l'une des Parties contractantes ou s'il est lui aussi empêché de s'acquitter de ses fonctions, le membre le plus ancien de la Cour internationale de Justice, qui n'est le national d'aucune des Parties contractantes, procède aux nominations voulues.

4) Le tribunal arbitral statue à la majorité des voix. Les décisions de l'arbitre unique et celles du tribunal arbitral ont force obligatoire. Chacune des Parties contractantes supporte les frais de son arbitre ainsi que ceux causés par sa défense en l'espèce. Les frais afférents à l'arbitre unique et autres frais sont répartis à part égale entre les Parties contractantes. L'arbitre unique ou le tribunal arbitral peuvent ordonner une répartition différente des frais. A tous autres égards, ils arrêtent eux-mêmes la procédure.

5) Si les deux Parties contractantes ont adhéré à la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats¹, il ne peut être fait appel au tribunal arbitral visé ci-dessus, en vertu des dispositions du paragraphe 1 de l'article 27 de ladite Convention, si le ressortissant ou la société de l'une des Parties contractantes est parvenu à un accord avec l'autre Partie contractante comme prévu à l'article 25 de la Convention. Les dispositions qui précèdent n'empêchent toutefois pas de faire appel au tribunal arbitral visé ci-dessus lorsqu'une décision du tribunal arbitral visé à l'article 27 de ladite Convention n'est pas respectée, ou encore dans le cas d'une cession résultant d'une loi ou d'une transaction légale visée à l'article 6 du présent Traité.

Article 11

1) Les différends entre une Partie contractante et un national ou une société de l'autre Partie contractante au sujet des investissements au sens du présent Traité sont, autant que possible, réglés à l'amiable entre les Parties intéressées.

2) Si un différend, au sens du paragraphe 1, ne peut être réglé dans un délai de six mois, courant à compter de la date à laquelle une des Parties intéressées l'a soulevé, il est, à la diligence de l'une des Parties, soumis aux tribunaux compétents de la Partie contractante sur le territoire de laquelle a été effectué l'investissement. Dès que les tribunaux compétents ont statué, l'une quelconque des Parties peut demander à la Cour permanente d'arbitrage de dire si et dans quelle mesure la décision des tribunaux est conforme au présent Traité. Si, dans un délai de dix-huit mois à compter du début de l'instance, la question n'a pas été tranchée, l'une des Parties peut porter l'affaire devant la Cour permanente d'arbitrage qui, en ce cas, a compétence pour régler l'ensemble du différend. La présente disposition ne porte en rien atteinte aux dispositions de l'article 10.

3) Le tribunal arbitral visé au paragraphe 2 est constitué dans tous les cas. Les dispositions des paragraphes 2 à 4 de l'article 10 sont applicables, *mutatis mutandis*, à condition que les Parties au différend désignent les membres du tribunal arbitral conformément aux dispositions du paragraphe 2 de l'article 10; si les délais visés dans ledit paragraphe ne sont pas observés, chacune des Parties au différend peut, en l'absence d'autres arrangements, demander au Président de la Cour d'arbitrage de la Chambre de commerce internationale de Paris qu'il procède aux désignations voulues.

Article 12

Le présent Traité demeurera en vigueur même en cas de conflit entre les Parties contractantes, sans préjudice du droit pour elles de prendre les mesures conservatoires autorisées par les règles générales du droit international. Ces mesures seront

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

rapportées à la date de cessation effective du conflit, qu'il existe ou non des relations diplomatiques entre elles.

Article 13

Hormis les dispositions du paragraphe 8 du Protocole, qui ont trait aux transports aériens, le présent Traité s'applique également au *Land Berlin* sauf déclaration à effet contraire du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République orientale de l'Uruguay dans les trois mois suivant l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 14

1) Le présent Traité est sujet à ratification. Les instruments de ratification seront échangés au plus tôt en République orientale de l'Uruguay.

2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification. Il demeurera en vigueur pendant une période de 15 ans et sera reconduit pour une période indéterminée, sauf dénonciation par l'une des Parties contractantes moyennant un préavis écrit 12 mois avant qu'il n'expire. Au bout de 15 ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, mais il restera en vigueur un an à compter de la date de la dénonciation.

3) Les dispositions des articles 1 à 13 du présent Traité continueront à s'appliquer aux investissements réalisés avant qu'il n'expire 20 ans encore après la date à laquelle elles auront cessé de produire leurs effets.

FAIT en la ville de Bonn, le 4 mai 1987, en deux exemplaires, en langues allemande et espagnole, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

RUHFUS

Pour la République orientale de l'Uruguay :

ZERBINO

PROTOCOLE

Lors de la signature du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République orientale de l'Uruguay relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements, les plénipotentiaires soussignés sont, en outre, convenus des dispositions ci-après qui sont à considérer comme faisant partie intégrante du Traité.

1) *En ce qui concerne l'article premier*

a) Par « autres formes de participation », au sens du paragraphe 1, alinéa *b*, on entend en particulier les apports de capitaux qui ne donnent ni droit de vote, ni contrôle à leurs titulaires.

b) Les revenus des investissements et, le cas échéant, du réinvestissement desdits revenus, bénéficient de la même protection que l'investissement initial.

c) Sans préjudice des autres modes de détermination de la nationalité, sera notamment considérée comme un national d'une Partie contractante toute personne munie d'un passeport délivré par l'autorité compétente de ladite Partie. Le présent Traité ne s'applique pas aux investisseurs qui possèdent la nationalité des deux Parties contractantes.

d) Pour déterminer si la définition du terme « société » au sens du paragraphe 4 est applicable, il sera tenu compte du siège, en entendant par là le lieu où se trouve l'administration principale de la société ou, à défaut, le centre de ses intérêts économiques.

2) *En ce qui concerne l'article 2*

Les investissements effectués conformément aux lois et règlements de l'une ou l'autre Partie contractante, sur un territoire où le droit de cette Partie est applicable, par des nationaux ou des sociétés de l'autre Partie contractante bénéficient de l'entière protection du présent Traité.

3) *En ce qui concerne l'article 3*

a) Sont notamment, mais non exclusivement, considérées comme « activités » au sens du paragraphe 2 de l'article 3 la gestion, l'affectation, l'utilisation et la jouissance d'un investissement. Sont notamment considérés comme « traitement moins favorable » au sens du paragraphe 2 toute restriction à l'achat de matières premières, de matières auxiliaires, d'énergie ou de combustible ou de moyens de production ou d'exploitation, quels qu'ils soient, toute entrave à la commercialisation de produits à l'intérieur comme à l'extérieur du pays, ainsi que toute autre mesure ayant des effets analogues.

b) Les Parties contractantes examinent avec bienveillance, conformément à leur législation interne, les demandes de permis d'entrée et de séjour dans leur territoire émanant de personnes de l'autre Partie contractante formulées en liaison avec la mise en route et la réalisation d'un investissement; le même principe vaut pour les salariés d'une Partie contractante qui, en liaison avec un investissement, souhaitent entrer sur le territoire de l'autre Partie contractante et y séjourner pour exercer une activité salariée. Les demandes de permis de travail sont également examinées avec bienveillance.

c) L'article 3 ne s'applique pas aux avantages que l'une des Parties contractantes octroie aux nationaux ou sociétés d'Etats tiers comme suite à un accord tendant à éviter la double imposition ou d'autres accords fiscaux.

d) Les dispositions du présent article n'obligent pas une Partie contractante à accorder aux personnes physiques et sociétés résidant sur le territoire de l'autre Partie contractante les privilèges, exonérations et abattements fiscaux qui ne sont accordés qu'aux personnes physiques et sociétés résidant sur son territoire par sa législation fiscale.

4) *En ce qui concerne l'article 4*

a) Par « expropriation » on entend tout retrait ou restriction équivalant au retrait d'un droit de propriété qui, par lui-même ou conjointement avec d'autres droits, constitue un investissement.

b) Le droit à réparation existe également lorsque, du fait des mesures gouvernementales visées à l'alinéa a dans la société où l'investissement est réalisé, la substance économique de cette dernière est sensiblement atteinte.

5) *En ce qui concerne l'article 7*

Est réputé effectué « sans délai » au sens du paragraphe 1 de l'article 7 le transfert effectué dans les temps normaux nécessaires à l'accomplissement des formalités de transfert. Ce délai court à compter du jour où a été déposée la demande pertinente et ne peut en aucun cas dépasser deux mois.

6) *En ce qui concerne l'article 9*

Le présent Traité ne s'applique en aucun cas aux divergences ou litiges surgis avant son entrée en vigueur.

7) *En ce qui concerne l'article 11*

a) Par décision des tribunaux compétents au sens du paragraphe 2, on entend, en ce qui concerne la République orientale de l'Uruguay, la décision judiciaire d'une instance unique.

b) Si les deux Parties contractantes ont adhéré à la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre des Etats et les ressortissants d'autres Etats, les divergences d'opinion ayant trait aux investissements entre une des Parties contractantes et un national ou une société de l'autre Partie contractante sont soumises au Centre international de règlement des différends relatifs aux investissements conformément aux dispositions de ladite Convention.

8) Lorsque des personnes ou des marchandises doivent être transportées en liaison avec un investissement, aucune des Parties contractantes n'adopte de mesures interdisant ou entravant la participation sur un pied d'égalité des entreprises de transport. Lorsque des autorisations sont nécessaires pour les transports en question, elle les délivre.

Sont couverts par la clause précédente les transports :

a) De marchandises destinées directement à un investissement au sens du présent Traité, ou acquises sur le territoire d'une Partie contractante ou d'un Etat tiers par une entreprise, ou pour le compte d'une entreprise, où sont investis les actifs au sens du présent Traité;

b) De personnes qui effectuent des voyages en relation avec le lancement ou la réalisation d'investissements.

FAIT en la ville de Bonn, le 4 mai 1987, en deux exemplaires, en langues allemande et espagnole, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

RUHFUS

Pour la République orientale de l'Uruguay :

ZERBINO
